



PROFIL

Informationen für die Mitarbeiter
der Maxhütte Unterwellenborn GmbH

Jahrgang 2 - Nummer 1

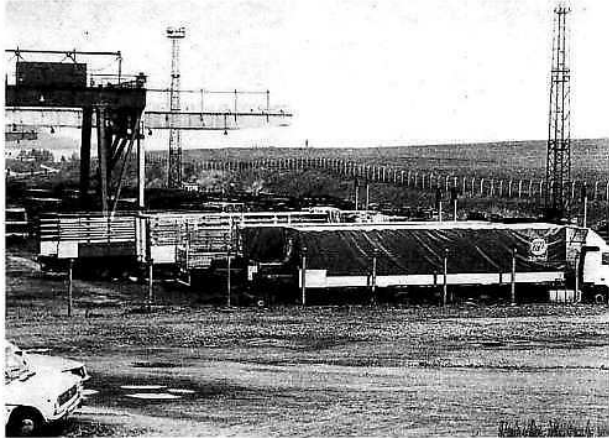
27. Januar 1992

Komplizierter Start ins neue Jahr

Für die KFS begann das neue Jahr mit einem Stillstand. Wie es der Vorsitzende Geschäftsführer **Gerhard Engel** bereits zur Betriebsversammlung am 17. Dezember angekündigt hatte, mußte die Profilproduktion an unserer modernen Walzstraße aufgrund mangelnder Aufträge über den Jahreswechsel ausgesetzt werden. Die wesentlichen Ursachen sind nach den Worten des Hauptabteilungsleiters Produktion, **Gerold Lachman**, darin begründet, daß die Stahlträger unserer Kunden in der Zeit vom 20. Dezember bis 5. Januar geschlossen waren und das Verkaufsgeschäft erst seit dem 6. 1. wieder langsam begonnen hat. Nunmehr kommen auch verstärkt Abholer zur LKW-Verladung im Teilobjekt 49 an.

Eine weitere Ursache für die Auftragsflaute ist aber auch darin zu sehen, daß ein erheblicher Preisverfall für Formstahl auf dem Weltmarkt eingesetzt hat, der sich besonders bei U-Profilen niederschlägt. Das Angebot an diesen Profilen ist derzeit sehr groß und dementsprechend niedrig sind die Preise. Die Maxhütte sieht sich hier im harten Wettbewerb vor allem mit dem ehemaligen Kombinatpartner Brandenburg, wo man die Palette an U-Profilen der unseren stark angenähert hat und nun beide Hersteller mit fast dem gleichen Angebot auf dem Markt sind. Billigimporte aus dem Osten, vor allem aus Polen, komplizieren die Lage zusätzlich.

"Stahlhändler kaufen dort, wo sie kurzfristig und zum günstigsten Preis bedient werden können. Wir sind daran interessiert, keinen unserer bisherigen Kunden zu verlieren und das bedeutet, daß wir uns auf viele kleine Walzreisen einstellen müssen", betonte der Hauptabteilungsleiter Produktion. Und weiter: "An der KFS müssen wir uns nach den Wünschen unserer Kunden richten. Oftmals sind das kleine Aufträge mit mehreren Profilpositionen. Die Anfor-



Seit dem 6. Januar läuft die LKW-Verladung auf dem Teilobjekt 49 wieder auf Hochtouren. In der Spätschicht sind es oft bis zu 12 LKW, die hier ihre Ladung aufnehmen.

derungen an die Mitarbeiter im Umbau und im Versand sind deshalb besonders hoch. Wir erwarten in der Produktion 1992 einen ähnlichen Verlauf wie im vergangenen Jahr und stellen uns darauf ein, einmal im Monat die gesamte KFS-Palette durchzuwalzen". Während des Stillstandes an der KFS wurde in den Hallen natürlich weitergearbeitet: Im Umbau wurden die Walzgerüste mit eigenen Kräften überholt und Instand gesetzt, mit den Schichtbesetzungen der Instandhaltung wurden Reparaturen und Wartungsarbeiten durchgeführt und mit einer minimierten Walzmannschaft wurden Reinigungsarbeiten erledigt. Auf den Einsatz von Fremdfirmen bei diesen Reparaturarbeiten konnte verzichtet werden.

Mit dem 14. Januar wurde die Produktion an der Walzstraße wieder aufgenommen, aber die Auftragsmenge reichte noch nicht für einen vollen und

durchgängigen Walzbetrieb aus, so daß für zwei weitere Wochenenden beim Arbeitsamt Kurzarbeit angemeldet wurde.

Der Weiterbetrieb des Hochofens ist aufgrund der Energieversorgung im Unternehmen und darüberhinaus für die Bevölkerung notwendig. Trotzdem wird im Januar an einem, und wenn es die Witterung zuläßt, an zwei Wochenenden kurzgearbeitet.

Nach wie vor sind die Kosten für die Roheisen- und -Stahlerzeugung gegenüber anderen Wettbewerbern in der Maxhütte Unterwellenborn noch zu hoch. "Wir unternehmen alles, um von diesen hohen Kosten herunter zu kommen", erläuterte dazu Herr Lachmann zum Abschluß des Gesprächs. "Im Hochofen setzen wir gegenwärtig etwa 310 kg Billigschrott je Tonne Roheisen ein um die Kosten zu minimieren. Im Stahlwerk liegt der Schrottsatz zur Zeit bei rund 37 Prozent".

Durch Privatisierungen und Ausgliederungen neue Arbeitsplätze schaffen...

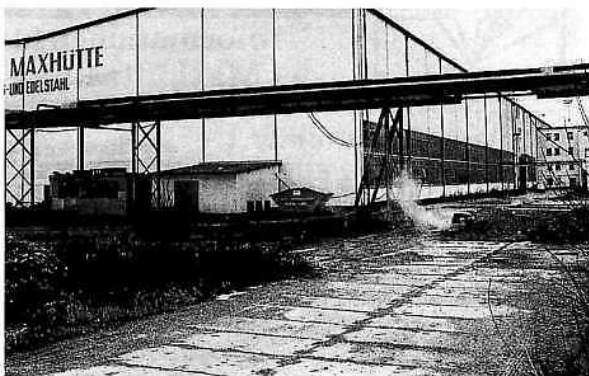
Das aktuelle "PROFIL" - Interview mit Geschäftsführer Dr. Klaus Scheidig

Die Ausgliederung und Privatisierung nicht zum Kerngeschäft gehörender Bereiche und Abteilungen ist eine der Säulen des Sanierungs- und Beschäftigungskonzeptes unseres Unternehmens. Durch die Gründung und Ansiedlung neuer klein- und mittelständischer Unternehmen auf dem Gelände der Maxhütte sollen so für die aufgrund der notwendigen Personalreduzierung freigesetzten Arbeitskräfte kurz-, mittel- und langfristig neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Über den gegenwärtigen Stand, die Probleme und Fortschritte in diesem Prozeß sprach "PROFIL" mit Geschäftsführer Dr. Klaus Scheidig.

Zu Beginn des Gesprächs erläuterte Dr. Scheidig, daß es für die vorhandenen Immobilien, also Grundstücke und Gebäude, eine Reihe von Interessenten gibt, die Verhandlungen aber sehr kompliziert sind. Grund dafür sind aufwendige und zeitraubende Verfahren, die durch die Treuhandanstalt auferlegt wurden. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß der Aufwand nicht Schikane, sondern wirkungsvoller Schutzmechanismus sein soll, um Verluste beim Verkauf wertvollen Grund und Bodens oder Gebäuden nicht entstehen zu lassen. Nach verschiedenen negativen Vorkommnissen solcher Art in den neuen Bundesländern (schlechtestes Beispiel war der Verkauf der Gerätewerke Teltow für eine (!) DM), verlangt die Treuhand nun Wertgutachten, die nicht älter als zwei Monate sind und von öffentlich bestellten und vereidigten Gutachtern angefertigt wurden. Für die Maxhütte bedeutet das, daß alle bisher vorliegenden Gutachten wiederholt werden müssen, um die von der Treuhand vorgegebenen Rahmendaten zur Bewertung von Immobilien durch die Gutachtereinzuhalten.

Damit muß eine immense Kleinarbeit, die von der von Herrn Behning geleiteten Gruppe Unternehmensentwicklung ausgeführt worden ist, wieder von vorn beginnen.

Wie kompliziert das ganze Verfahren ist, zeigt sich allein daran, daß zum Beispiel der Vertrag über den Verkauf der Teltomat-Anlage zwar nun endlich unter Dach und Fach ist, der Verkaufserlös jedoch noch nicht den Weg über die Treuhand zur Maxhütte gefunden hat.



Die moderne Zentralwerkstatt im Ostteil der Maxhütte soll durch Management buy out privatisiert werden

Welche konkreten Privatisierungs- und Ausgliederungsvorhaben gibt es derzeit und wie ist der Stand bei diesen Vorhaben?

Dr. Scheidig erklärt, daß es z.B. für die Betriebsteile Wünschendorf, Schmiedefeld und Kamsdorf eine Reihe von interessanten Angeboten zur Privatisierung gibt.

"Am weitesten fortgeschritten ist hierbei zwar Schmiedefeld, aber auch für Wünschendorf und Kamsdorf liegen attraktive Kaufangebote vor, die zur Zeit mit den Interessenten verhandelt werden

Im Bereich Recycling gibt es eine Firmengründung durch ein niederländisches Konsortium mit dem Ziel, die in diesem Bereich tätigen Arbeit-

nehmer zu übernehmen und ab Februar 1992 das Maxhüttengelände zu entsorgen. Man denkt hierbei vor allem an die Entsorgung von Schlacken (vor allem Stahlwerksschlacke), Schutt und Abbruchmaterial, aber auch an die Bewirtschaftung unserer Schlackenhalde im Westbereich der Maxhütte. Weit fortgeschritten ist die Gründung von rund einem Dutzend kleiner Handwerksbetriebe durch ehemalige Mitarbeiter der Maxhütte.

Sehr erfolgreich arbeitet beispielsweise in der Zweigniederlassung Wünschendorf bereits ein Kleinbetrieb zur Farbgebung von Metallteilen, der durch Herrn Kolde, ehemalig Meister in unserem Zweigbetrieb, geschaffen wurde und der den dort Beschäftig-

ten einen sicheren Arbeitsplatz bietet". Es gibt natürlich auch negative Entwicklungen zu vermerken: So übernahm die Firma Schramm die Schlackenverwertung durch einen Mietvertrag mit Kaufoption. Im Dezember 1991 trat Herr Schramm dann aber vom Mietvertrag zurück und kündigte den übernommenen Mitarbeitern. Inzwischen hat sich ein neuer Interessent für die Schlackenverwertung gefunden, der diese nicht nur kaufen will, sondern auch zu produzieren, sondern auch deutlich gemacht hat, daß weitere Geschäftsfelder eröffnet und dadurch weitere Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Darüberhinaus gibt es eine Reihe von Management buy out - Vorhaben, d.h. Vorhaben, bei denen sich leitende Mitarbeiter mit ihrem Bereich selbständig machen wollen. So zum Beispiel die Zentralwerkstatt, die Technische Gebäudeausrüstung oder die Elektromontage und Ankerwickelerei.

"Ein interessantes Vorhaben ist die Kombination von Management buy out und Management buy in, wie man sie

in Öpitz anstrebt. Dort wollen Mitarbeiter aus dem Unternehmen zusammen mit einem Investor aus Kronach ihren Stahlbau- und Stahlhandel privatisieren".

Privatisiert sind bereits die Investabteilung und Werksprojektion. Aus den Abteilungen IVO, IDU und Wepro gingen die Firmen "PROJECT Ingenieurbüro GmbH i.G." mit 17 Mitarbeitern und "Projekt - Management für Bauwerke und Industrieanlagen GmbH Unterwellenborn i.G." mit derzeit 8 Mitarbeitern hervor. Bei der letztgenannten Firma will man in Kürze auf 10 Mitarbeiter erweitern. Die Firmen, deren Mitarbeiter alle aus dem Ingenieurpersonal der Maxhütte kommen und ihren Sitz in angemieteten Räumen des Wepro-Gebäudes haben, übernehmen unter anderem auch Aufträge von der Maxhütte.

Dr. Scheidig bestätigte in dem Gespräch, daß auch die Privatisierung des Bereiches Technische Entwicklung weit fortgeschritten ist und kurz vor dem Abschluß steht.

Bei einigen anderen Bereichen hin-

gegen ist noch zu verhandeln. Zum Beispiel über die Sauerstoffanlage und das Preßwerk.

Dr. Scheidig dazu: "Vieles hängt davon ab, wie hinsichtlich eines neuen Investors für die Maxhütte entschieden wird. Die Sauerstoffanlage, ist inzwischen veraltet. Unser Ziel ist, daß beim Bau einer neuen Sauerstoffanlage, die dann ein eigenständiges Unternehmen sein soll, das bisherige Personal übernommen wird. Bei Objekten des Kernbereiches oder solchen, die in dessen Nähe liegen, können Entscheidungen erst getroffen werden, wenn der künftige Investor feststeht und seine Planungsinteressen berücksichtigt sind."

Gegenwärtig wird mit mehr als 30 Partnern verhandelt, die durch Ausgliederung und Privatisierung bzw. durch Neuansiedlung mehr als 600 neue Arbeitsplätze schaffen wollen. Der derzeitige Verhandlungsstand zeigt, daß davon ca. 400 Arbeitsplätze noch im ersten Halbjahr 1992 zur Verfügung stehen.

Über die erfolgten Neugründungen wird "PROFIL" regelmäßig berichten.

120 Jahre Maxhütte in Unterwellenborn

Zugegeben, es ist kein richtig "runder" Geburtstag, aber trotzdem soll hier an die Gründung des Unternehmens vor 120 Jahren erinnert sein.

Wie kam es überhaupt zur Gründung hier an diesem Ort?

Erinnern wir uns: 1871 war die Einigung des deutschen Reiches durch Fürst Bismarck erfolgt und damit die bisherigen Ländergrenzen der hundert von Kleinstaaten beseitigt. Industrie und Wirtschaft konnten sich endlich ungehindert entfalten und aufblühen. Mit der Erfindung der Eisenbahn wurden Transportprobleme beseitigt und der Verlauf der Schienenstränge bestimmte die Industriestandorte.

Mitte des 19. Jh. war bereits im bayerischen Haidhof die Commanditgesellschaft "Michiels & Co" gegründet worden, die sich in Erinnerung an Kaiser Maximilian II. im Jahre 1853 in "Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte" umbenannte. Dort stellte man auch Eisenbahnschienen her und suchte für das Bessemer-Stahlwerk phosphorarmes Roheisen. 1866 kaufte die Gesellschaft die Kamsdorfer Bergbaureviere für 71.000 Gulden. Schon seit dem frühen Mittelalter wurden hier Kupfer, Kobalt, Silber und Eisenerz gefördert.

Die günstigen Abbaubedingungen und die 1871 fertiggestellte Eisenbahnstreck-

Unterwellenborn b. Saalfeld a. S. mit Eisenhüttenwerk Maxhütte.

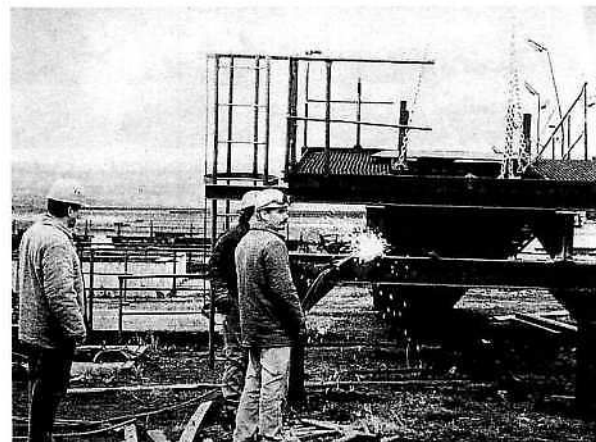
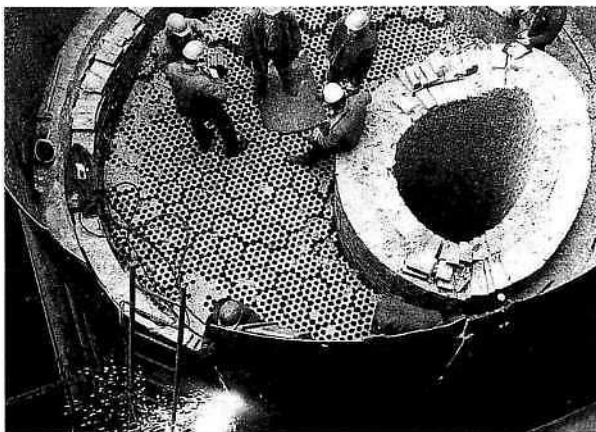


ke Gera - Saalfeld - Eichicht, deren Weiterbau geplant war, schufen die Voraussetzungen zur Errichtung des Hüttenwerkes in Unterwellenborn. Am 8. Januar 1872 wurde das erste Mal öffentlich Kunde von der Absicht getan. "In der Rößlitzer Flur neben dem dasigen Wirtschaftshaus oberhalb der von Saalfeld nach Pößneck führenden Staatsstraße..." sollte die Hüttenanlage zur Gewinnung von Roh- und Gußeisen errichtet werden - so stand es im Regierungsblatt des Herzogtums Sachsen-Meiningen. Das Saalfelder Amtsblatt vom 18. März

1872 konnte schon berichten: "Auf der Hütte wurde mit dem Bau begonnen..." Das erste Roheisen floß ein Jahr später zum ersten Mal in die Pfannen und es begann der wirtschaftliche Aufstieg unseres Unternehmens. Von der "Maximilianshütte" blieb lediglich das "Max" vor der Hütte. Auf unserem Bild ist sie bereits über 50 Jahre alt, denn die Gaszentrale wurde 1923 gebaut. Aber die Fläche hinter dem Bahnhof, der heutigen Siedlung, ist noch gänzlich leer und Unterwellenborn ein kleiner Ort im Weichbild des Werkes....

Abrissbilder -

von ABM-Baustellen in der Maxhütte



Keine Kraterlandschaft oder archäologische Ausgrabungen! Unser Bild links oben zeigt die Reste des Fundaments der ehemaligen Duo-Walzenzugmaschine. Sämtliche Maschinenteile sind inzwischen in Wurzbach eingetroffen, wo unter der Leitung von Dieter Günther bereits wieder mit der Montage als Schaustück im technischen Museum Heinrichshütte begonnen wurde. Sichtbar vorwärts geht es auch auf unserem Bild in der Mitte, dem Abriß des Hochofens I. ABM-Kräfte sind seit Wochen dabei, die Innenausmauerung der Winderhitzer (Cowper) auszubrechen. Gleichzeitig wird die äußere stählerne Hülle mit Schneidbrennern abgerissen. Beide Cowper stehen inzwischen nur noch zu zwei Dritteln bzw. halbhoch. In der Zeit von der Aufnahme der Fotos bis zum Druck und Erscheinen der Zeitung werden noch etliche Meter mehr Abrißarbeiten geschafft sein. Aber gleichzeitig mit dem Cowperabriß geht es auch dem Ofen selbst an den "eisernen Kragen". Er wird bereits Stück für Stück demontiert.

Unten links: Fast sämtliche Außenanlagen des ehemaligen Kohleheizhauses sind demontiert worden. Am 15. Januar wurde die Blechverkleidung eines Anbaus abgerissen und die Reste der Bandbrücke zerlegt. Auch mit der Demontage im Inneren des Kesselhauses wurde begonnen.

"Maßnahmen für den Big Bang", den großen Knall. Auf unserem Bild unten rechts sind Mitarbeiter einer Magdeburger Spezialfirma dabei, den Fußumfang des 100 Meter hohen Beton-schornsteines zu messen, der vielleicht noch Ende Januar, spätestens aber bis Mitte Februar gesprengt werden soll. Der Umfang beträgt 20,70 Meter!



Die Personalwirtschaft informiert :

... über den Beschluß der Kultusministerkonferenz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen

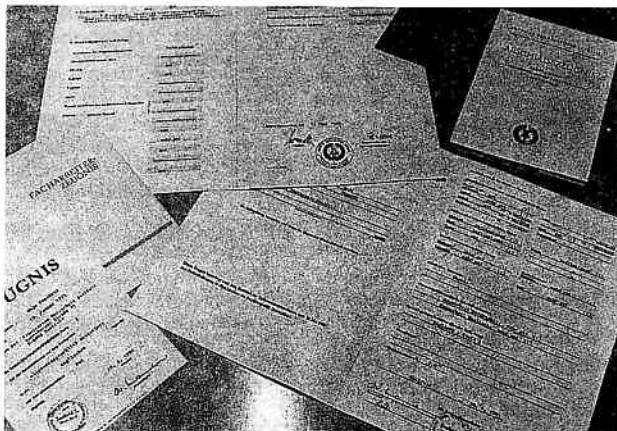
Artikel 37 Absatz 1 des Einigungsvertrages bestimmt, daß die im Gebiet der DDR und die in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) abgelegten Prüfungen oder erworbenen Befähigungsnachweise einander gleichstehen und die gleichen Berechtigungen verleihen, wenn sie gleichwertig sind. Eine Bewertung der in der ehemaligen DDR erworbenen Bildungsabschlüsse stand bisher noch aus. Dies führte zu vielfältigen Problemen bei der Eingruppierung, sowohl im öffentlichen Dienst als auch in der privaten Wirtschaft, da diese davon abhängig gemacht wurde, ob der in der ehemaligen DDR erworbene Abschluß einem Hochschulabschluß in den westlichen Ländern gleichwertig ist.

Mit ihrem Beschluß vom 10./11. Oktober 1991, der inzwischen Rechtskraft erlangt hat, hat die Kultusministerkonferenz nunmehr die Grundlage für die Gleichwertigkeit geschaffen. Einbezogen in den Beschluß sind:

- die an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen aufgrund Direkt- oder Fernstudiums erworbenen Diplombeschlüsse einschließlich der künstlerischen Hochschulabschlüsse,
- die dem Hochschulbereich zugeordneten Abschlüsse kirchlicher Ausbildungseinrichtungen,
- Abschlüsse der Fach- und Ingenieurschulen.

Insgesamt sind die Abschlüsse in rund 330 Fachrichtungen, die an 37 Universitäten und anderen Hochschulen, sowie etwa 90 Fach- und Ingenieurschulen erworben werden konnten, Gegenstand dieses Beschlusses. Dieser erstreckt sich jedoch nicht auf solche Abschlüsse, denen in den westlichen Ländern Staatsprüfungen (z.B. Rechtswissenschaften, Medizin, Pharmazie) entsprechen. Für diese Abschlüsse hat bereits der Einigungsvertrag die notwendigen Gleichstellungen getroffen. Einbezogen sind ferner nicht die Abschlüsse, die im militärischen und paramilitärischen Bereich der ehemaligen DDR erworben wurden. Für diese wird ein gesonderter Beschluß der Kultusministerkonferenz vorbereitet.

In die Feststellung der Gleichwertigkeit sind zum einen alle Abschlüsse einbezogen, die in der DDR bis zum Tage des Beitritts (3.10.1990)



Zeugnisse, Abschlüsse und Befähigungsnachweise - erworben in der ehemaligen DDR . Welchen Wert besitzen sie heute in der Bundesrepublik Deutschland ? Lesen Sie dazu unseren Beitrag!

erworben wurden. Da die inhaltliche Umgestaltung der Ausbildungsgänge schon mit Rücksicht auf den Vertrauensschutz derjenigen Studenten, die mitten in der Ausbildung stehen, nicht ohne Übergangsfrist durchgeführt werden kann, sind zum anderen solche Abschlüsse erfaßt, die in den jeweils einbezogenen Bildungseinrichtungen der neuen Länder mit dem Beitritt erworben wurden und noch bis Ende 1993 erworben werden. Die Kultusministerkonferenz geht dabei davon aus, daß der in allen Hochschulen der neuen Länder eingeleitete Umgestaltungsprozeß so zügig vorangetrieben und abgeschlossen werden kann, daß die Abschlüsse, die ab 1994 an den Hochschulen der neuen Bundesländer erworben werden, mit denjenigen der westlichen Länder soweit vergleichbar sind, daß - wie unter diesen Ländern bisher üblich - eine förmliche Feststellung der Gleichwertigkeit nicht mehr erforderlich ist.

Bei ihrer Beschlußfassung hat sich die Kultusministerkonferenz von dem mit dem Einigungsvertrag verfolgten Ziel der Herstellung uneingeschränkter Freizügigkeit auf der Grundlage gleicher Chancen für alle Deutschen im geeinten Deutschland leiten lassen. Maßstab für die Bewertung der Abschlüsse war daher sowohl der Einigungsgedanke als auch die Erwägung, daß an

die in der ehemaligen DDR erworbenen Abschlüsse grundsätzlich keine höheren Erwartungen gestellt werden können, als dies im internationalen, insbesondere im europäischen Bereich der Fall ist. Ausgehend von dieser Zielsetzung hat die Kultusministerkonferenz einen großzügigen Maßstab zugrunde gelegt und ist, trotz der teilweise erheblichen Unterschiede, die sich in den Bildungssystemen und Ausbildungsgängen in beiden Teilen Deutschlands in den vergangenen 40 Jahren entwickelt haben, in weiten Bereichen zu einer Feststellung der Gleichwertigkeit mit Universitäts- und Fachhochschulabschlüssen gekommen.

In einer Reihe von Studien- und Fachrichtungen allerdings, die in besonderer Weise durch staatliche Einflußnahme auf das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der ehemaligen DDR ausgerichtet waren, war die für die Gleichstellung notwendige inhaltliche materielle Gleichwertigkeit nicht gegeben. Dies gilt insbesondere für die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie für Teile der Geschichte und der Philosophie. In diesen Fällen konnte lediglich Niveaugleichheit mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluß, nicht aber materielle Gleichwertigkeit im Sinne des Einigungsvertrages festgestellt werden.
Fortsetzung auf Seite 7 !

Betriebsvereinbarung

13/91 : Sicherheitsbeauftragte

Auf der Grundlage des § 89 des Betriebsverfassungsgesetzes wird zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat der Maxhütte Unterwellenborn GmbH nachfolgende Betriebsvereinbarung abgeschlossen:

1 Sicherheitsbeauftragte

1.1 Sicherheitsbeauftragte werden gemäß § 719 Absatz 1 RVO und § 9 VBG 1 entsprechend den Richtlinien für Sicherheitsbeauftragte (...) bestellt.

1.2 Die Auswahl der Sicherheitsbeauftragten erfolgt durch die Geschäftsführung unter Mitwirkung des Betriebsrates. Die Geschäftsführung fertigt die Ernennungsschreiben aus.

1.3 Vor der Bestellung eines Sicherheitsbeauftragten ist das Einverständnis des ausgewählten Mitarbeiters einzuholen. Das Ernennungsschreiben ist zu den Personalakten zu nehmen.

1.4 Eine Abberufung eines Sicherheitsbeauftragten erfolgt nach Abstimmung zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat. Sie erfolgt schriftlich.

1.5 Sicherheitsbeauftragte werden für geeignete Schulungsmaßnahmen insbesondere die der Berufsgenossenschaften freigestellt. Hierbei sind die betrieblichen Erfordernisse zu berücksichtigen. Betriebsinterne Schulungen erfolgen durch die Abteilungen Arbeitssicherheit / Ergonomie sowie Berufsbildung.

1.6 Zur Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben ist den Sicherheitsbeauftragten - in Abstimmung mit den zuständigen Vorgesetzten - die erforderliche Zeit zu gewähren. Diese Zeit ist mit dem Durchschnittsstundenverdienst zu bezahlen.

1.7 Die Sicherheitsbeauftragten und die mit Sicherheitsfragen beauftragten Betriebsratsmitglieder treffen sich einmal jährlich zu einer Arbeitstagung. Diese wird von der Abteilung Arbeitssicherheit / Ergonomie in Zusammenarbeit mit der Berufsbildung ausgerichtet.

2 Arbeitsschutzausschuss gemäß § 11 Arbeitssicherheitsgesetz

Die funktionelle Besetzung des Arbeitsschutzausschusses wird dem aktuellen Stand der Organisation der Maxhütte Unterwellenborn GmbH angepaßt.

- 2.1 Dem Arbeitsschutzausschuss gehören an:
- Geschäftsführer Personal- und Sozialwesen (Vorsitzender)
 - Beauftragter des Geschäftsbereiches Technik
 - Abteilungsleiter Arbeitssicherheit / Ergonomie und Fachkräfte für Arbeitssicherheit
 - Betriebsarzt
 - 2 Betriebsratsmitglieder
 - 2 Sicherheitsbeauftragte

2.2 Der teilnehmende Personenkreis kann entsprechend den zu behandelnden Themen erweitert werden.

2.3 Tagungstermine und -häufigkeit werden in den Arbeitsschutzsitzungen festgelegt. Die Sitzungen sind mindestens quartalsweise durchzuführen.

2.4 Die Geschäftsführung des Arbeitsschutzausschusses liegt bei der Abteilung Arbeitssicherheit / Ergonomie. Die Sitzungen des Arbeitsschutzausschusses werden von der Abteilung Arbeitssicherheit / Ergonomie protokolliert. Das Protokoll wird an die Teilnehmer verschickt.

3 Inkrafttreten

Diese Betriebsvereinbarung tritt am 1. November 1991 in Kraft und kann beiderseits mit einer Frist von 3 Monaten, frühestens zum 31. März 1992 gekündigt werden.

Unterwellenborn, den 01.11.1991

Geschäftsführung:

gez. Engel
gez. Dr. Peper

Betriebsrat

gez. Hecker

Anlage zur Betriebsvereinbarung Sicherheitsbeauftragte (Auszüge)

1 Grundlagen der Tätigkeit

1.1 Nach den §§ 719, 720 der Reichsversicherungsordnung (RVO) sowie §§ 8 und 9 der Unfallverhütungsvorschrift (UVV) 1.0 (VBG 1) hat der Unternehmer folgende Pflichten:

- Sicherheitsbeauftragte in der vorgeschriebenen Zahl zu bestellen;
- den Sicherheitsbeauftragten die Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen der Berufsgenossenschaften (BG) zu ermöglichen;
- den Sicherheitsbeauftragten Gelegenheit zu geben, an den Betriebsbesichtigungen teilzunehmen.

1.2 Die Sicherheitsbeauftragten haben den Unternehmer bei der Durchführung des Unfallschutzes zu unterstützen, insbesondere, sich von dem Vorhandensein und der ordnungsgemäßen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen fortlaufend zu überzeugen (§ 719 RVO).

1.3 Die Sicherheitsbeauftragten nehmen ihre Aufgaben im Rahmen ihrer eigentlichen betrieblichen Tätigkeit wahr. Sie dürfen wegen der Erfüllung der ihnen als Sicherheitsbeauftragte übertragenen Aufgaben nicht benachteiligt werden (§ 719 Abs. 3 RVO).

1.4 Die Sicherheitsbeauftragten übernehmen für die Sicherheit keine Verantwortung. Entsprechend stehen ihnen keine Weisungsrechte zu, auch nicht für die Beseitigung von Gefährdungen. Ihre Haupttätigkeit darf keine Aufgabe umfassen, mit denen eine Verantwortlichkeit für die Einhaltung der UVV verbunden ist.

Dies bedeutet, daß auch die unteren betrieblichen Führungskräfte (Meister, Kolonnenführer) nicht zu Sicherheitsbeauftragten bestellt werden können.

(...)

3 Aufgaben

3.1 Entsprechend Ziffer 1.2 dieser Richtlinie hat der Sicherheitsbeauftragte die Aufgabe,

- Gefährdungen und wiederholtes sicherheitswidriges Verhalten mündlich oder schriftlich, in der Regel mit den zur Verfügung gestellten Meldeformularen, den zuständigen Vorgesetzten und / oder der Abteilung Arbeitssicherheit mitzuteilen und

- zu kontrollieren, ob die für den Bereich festgelegten Schutzzeineinrichtungen vorhanden sind und angewendet werden.
- 3.2 Zu diesem ständigen Auftrag kommt die Teilnahme an
- bereichsbezogenen Arbeitsschutzbegehungen,
 - bereichsbezogenen Arbeitsschutzbesprechungen,
 - betriebsinternen Informations- und Instruktionsmaßnahmen,
 - einzelnen Unfalluntersuchungen,
 - der Erprobung von Körperschutzmitteln,
 - der Einweisung von neuen Mitarbeitern im Hinblick auf Arbeitssicherheit.

4 Zeitaufwand

4.1 Dem Sicherheitsbeauftragten ist in erforderlichem Umfang Zeit zur Wahrnehmung seiner Aufgaben zu gewähren.

Es wird davon ausgegangen, daß ein Aufwand von 3 Stunden im Monat im Regelfall ausreicht.

4.2 Durch die Wahrnehmung der Aufgaben des Sicherheitsbeauftragten darf keine Lohnminderung eintreten.

5 Betreuung

Die Betreuung der Sicherheitsbeauftragten obliegt der Abteilung Arbeitssicherheit. Zur Betreuungsfunktion gehört insbesondere,

- für die Erfüllung der nach den §§ 719 und 720 RVO sowie den §§ 8 und 9 UVV 1.0 (VBG 1) dem Unternehmen auferlegten Pflichten zu sorgen;
- den ständigen Kontakt mit den Sicherheitsbeauftragten zu pflegen;
- alle mit der Aufgabenstellung der Sicherheitsbeauftragten zusammenhängenden organisatorischen Maßnahmen durchzuführen oder sie zu veranlassen.

6 Aus- und Weiterbildung

6.1 Zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben müssen die Sicherheitsbeauftragten entsprechend ausgebildet, angeleitet und durch Weiterbildungsmaßnahmen in ihrer Aufgabenstellung unterstützt werden.

6.2 Nach § 720 RVO bzw § 8 UVV 1.0 (VBG 1) ist den Sicherheitsbeauftragten die Teilnahme an berufsgenossenschaftlichen Lehrgängen zu ermöglichen.

Im Verlauf von 2 Jahren nach Ernennung soll jeder Sicherheitsbeauftragte an einem "Berufsgenossenschaftlichen Lehrgang für Sicherheitsbeauftragte" teilnehmen.

Dieser Lehrgang soll nach einigen Jahren wiederholt werden.

6.3 Die Abteilung Arbeitssicherheit und Berufsbildung des Unternehmens führen zusätzlich innerbetriebliche Schulungsmaßnahmen durch.

Die Personalwirtschaft informiert:

über den Beschluß der Kultusministerkonferenz...

(Fortsetzung von Seite 5)

Ein besonderes Problem stellten die Abschlüsse dar, die an den Fach- und Ingenieurschulen der ehemaligen DDR erworben wurden. Diese haben keine unmittelbare Entsprechung mit Abschlüssen, die an Bildungseinrichtungen westlicher Länder erworben worden sind. Ihrem Ausbildungsniveau nach sind sie zwischen der Facharbeiterausbildung und der Ausbildung an Fachhochschulen angesiedelt. Eine unmittelbare Gleichstellung war demnach nur mit denjenigen Abschlüssen möglich, die in den westlichen Ländern an den Vorgängereinrichtungen der Fachhochschulen (Ingenieurschulen, Akademien und andere höhere Fachschulen) erworben werden konnten. Soweit Absolventen von Fach- und Ingenieurschulen eine Gleichstellung mit einem Fachhochschulabschluß anstreben, bedarf es deshalb grundsätzlich des Erwerbs einer Zusatzqualifikation. Diese Zusatzausbildung mit einer Dauer von mindestens einem Jahr soll an einer Fachhochschule, ausnahmsweise auch an einer anderen Hochschule, durchgeführt werden; eventuell kann sie auch berufs begleitend, z.B. im Fernstudium erfolgen.

Eine hiervon abweichende Regelung gilt für Absolventen der Fach- und Ingenieurschulen, die ihren Abschluß vor 1991 erworben haben und die eine mindestens dreijährige einschlägige Berufstätigkeit nachweisen. Diese sind berechtigt, den Diplomgrad mit dem Zusatz "Fachhochschule" zu führen.

Bei ihrem Beschluß über die Abschlüsse an Fach- und Ingenieurschulen der ehemaligen DDR hat die Kultusministerkonferenz berücksichtigt,

daß dort je nach Eingangsvoraussetzungen unterschiedliche Ausbildungsgänge angesiedelt waren. Für eine Gleichstellung mit einem Fachhochschulabschluß nach erworbener Zusatzqualifikation oder für den Erwerb des Diplomgrades mit dem Zusatz "Fachhochschule" im Wege der Nachdiplomierung kommen nur solche Fachrichtungen an Fach- und Ingenieurschulen in Betracht, für die als Eingangsvoraussetzungen der Abschluß der 10-jährigen polytechnischen Oberschule, eine abgeschlossene Berufsausbildung (Facharbeiterabschluß) und in der Regel eine mindestens einjährige Berufstätigkeit gefordert wurde.

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz über die Feststellung der gleichwertigkeit wurde in einer Broschüre veröffentlicht, in der im einzelnen die Hochschulabschlüsse und ihre Zuordnung hervorgehen. Das Sekretariat der Kultusministerkonferenz in Bonn, Nassestraße 8, W - 5300 Bonn 1, Telefon 0228/501/0 oder /1, ist im begrenzten Umfang in der Lage, auf Einzelfragen hin Auskunft zu erteilen.

Für die Umsetzung ihres Anerkennungsbeschlusses haben die Länder der Bundesrepublik ein Abkommen geschlossen. Darin ist festgelegt, daß für die Feststellung der Gleichwertigkeit und die Nachdiplomierung der Wissenschaftsminister/Senator desjenigen Landes zuständig ist, in dem die Bildungseinrichtung gelegen ist oder war, an der der jeweilige Abschluß erworben wurde. Darüberhinaus wurde festgelegt, daß Gleichwertigkeitsfeststellungen die von einem Minister vorgenommen worden sind, in allen vertragschließenden Ländern ebenso gelten.

In den VDEh - Vorstand gewählt :

Die 173. Mitgliederversammlung des "Vereins Deutscher Eisenhüttenleute" (VDEh) fand am 15. November vergangenen Jahres in der Stadthalle Düsseldorf statt.

Das Mitglied der Geschäftsleitung der Maxhütte Unterwellenborn GmbH, **Dr. - Ing. Klaus Scheidig**, wurde auf dieser Versammlung als Mitglied des VDEh - Vorstandes gewählt.

Damit findet nicht zuletzt seine langjährige und verdienstvolle Tätigkeit als anerkannter Hüttenfachmann hohe Würdigung.

Herzlichen Glückwunsch !



Autos fahren ist nicht schwer...



...richtig Parken aber sehr!

Dieses abgewandelte Wilhelm Busch-Zitat ließe sich angesichts der Fotos, aufgenommen am 15.1.91 am Ostpfortner, mit Fug und Recht sagen. Während genügend freie reguläre Parkflächen zur Verfügung stehen, benutzen einige Autofahrer lieber den Straßenrand als Abstellplatz. Nicht nur verkehrswidrig - auch völlig unlogisch!

Preisrätsel - Auflösung

Hier die Auflösung unseres Weihnachtspreisrätsels aus der PROFIL-Ausgabe Nummer 12/1991: Die Gruppe, deren Schallplattenkarriere in Deutschland begann, obwohl sie selbst aus Liverpool kam, waren die Beatles. Sie spielten als Begleitband für den englischen Sänger Toni Sheridan und bekannt wurden sie durch eine Aufnahme von "My bonny is over the ocean". Bert Kämpfert bedauerte Jahre später, die Qualitäten der Band nicht richtig erkannt zu haben... Foto 1 ist ein Coverausschnitt der Platte "Revolver", Foto 2 stammt von "Sgt. Peppers lonely hearts club band". Zwischen beiden Platten liegen studio-technisch gesehen, Welten. Die ver-

wendete Technik bei der Sgt. Pepper-LP ließ fortan keine Live-Konzerte der Beatles mehr zu.

Foto 3 ist ein Ausschnitt aus der wenig bekannten "Hey Jude" und Foto 4 schließlich stammt vom Cover der "Abbey Road". Man orakelte damals, Paul McCartney wäre gestorben, weil er, gemäß einem italienischen Begräbnisritual, barfuß und im schwarzen Anzug fotografiert wurde.

Als Gewinner wurden ermittelt:

Kay Sprenger, Stauffenbergstr. 43,
Jens Rinow, MB Walzwerk (TZ 4) und
Roland Schreiber, TZ 1. Herzlichen Glückwunsch - Die Gewinner werden informiert, wie sie die Preise erhalten.

Wieder einmal ein Buch lesen!

Wie würde Max Meckrig zum Fernsehprogramm sagen? "Mr kanns änfach nich merre arsieh!" Stimmt! Wer entsinnt sich noch der Zeiten, als es noch kein Fernsehen, geschweige Video, gab. Was hat man da abends gemacht, außer... Gelesen natürlich! Lesen bildet ja bekanntlich und gebildet kann man eigentlich nie genug sein. Wir möchten deshalb heute einmal auf eine Literaturgattung aufmerksam machen, die es immer schon schwerer hatte als andere: **Science Fiction-Literatur.**

Kurz SF genannt, stand sie Jahrzehnte mit dem irreführenden Namen "utopische Literatur" in dem Ruf, Ausgeburt spinnter Phantasie zu sein und weit abgehoben in fernen Zeiten und Räumen zu schweben. Zugegeben, es gibt, wie in jeder anderen Gattung auch, viel Schund, aber auch Perlen!

Die SF kann in zwei Gruppen eingeteilt werden, die nach den wesentlichen Initial-Autoren benannt wurden. Da gibt es die Verneische Richtung nach Jules Verne, der das Abenteuer-Technik in den Mittelpunkt seiner Werke und den Menschen als Nutzer des Fortschritts darstellt. Die zweite Richtung hat ihren Ursprung bei Herbert George Wells. Die Wellssche SF-Literatur setzt den Menschen in den Handlungsmittelpunkt. Hier werden philosophische Fragen behandelt: Das Verhältnis von Mensch und Fortschritt, die Verantwortung des Menschen, wenn es darum geht, Grenzen zu überschreiten. Das können technische, ethische oder moralische Grenzen sein, Grenzen in der Gesellschaft, der Natur, des Raumes oder der Zeit. Es wird die Frage aufgeworfen, wie sich der Mensch der Erde bei der Begegnung mit fremder Intelligenz verhält - sein Ethos und sein Ego werden auf den Prüfstand gestellt. Selten schneidet er dabei gut ab, aber das ist bei Betrachtung der irdischen Probleme durchaus verständlich. Die Wellssche SF-Gattung ist zweifelsohne die bedeutendere, weil inhaltsvollere. Wäre einige SF-Klassiker und bedeutende Werke der Neuzeit kennenlernen möchte: Kurd Laßwitz, "Auf zwei Planeten", Ray Bradbury, "Mars-chroniken" und "Fahrenheit 451", Ursula K. LeGuin, "Winterplanet", Boris und Arkadi Strugatzki, "Ein Gott zu sein ist schwer" und die Kammerer-Trilogie: "Die bewohnte Insel", "Ein Käfer im Ameisenhaufen" und "Die Wellen ersticken den Wind".

Red.